Sitzungsvorlage

Gremium	Sitzung vom	Behandlung
Jugendhilfeausschuss	07.07.2015	Kenntnisnahme

TOP 6	Mitteilungen und Anfragen Entwicklung PartyPass - Ergebnisse der Austauschrunde 16.06.2015 mit den Kommunen	Sachvortrag: Frau Simone Prommer
-------	--	--

I. Gegenstand der Vorlage

Über die Ergebnisse der Austauschrunde PartyPass vom 16.06.2015 mit den Kommunen wird berichtet.

II. Sachverhalt

Durch die Änderung des Personalausweisgesetzes ist es seit Ende 2010 nicht mehr möglich, bei Festen den Personalausweis von den Jugendlichen als Pfand einzubehalten. Um den Veranstaltern die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes zu erleichtern, wurde im Landkreis Ravensburg Ende 2011 der PartyPass eingeführt.

Am 26. Juni 2012 fand ein erstes Abstimmungsgespräch mit den Städten und Gemeinden statt. Hierbei wurde gemeinsam eine Handreichung „Verfahrensablauf PartyPass“ entwickelt, um die Handhabung des PartyPass in den Städten und Gemeinden des Landkreis Ravensburg zu vereinheitlichen.

Aufgrund der Anfrage von Herrn Bürgermeister Steiner in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.04.2015, welche Erfahrungen im Umgang mit dem PartyPass in den anderen Städten und Gemeinden aktuell bekannt sind, wurde am 16. Juni 2015 ein weiteres Abstimmungsgespräch durchgeführt, an dem sich Vertreter der Ordnungsämter von 15 Städten und Gemeinden beteiligten. Bemängelt wurde hauptsächlich, dass liegen gebliebene PartyPässe trotz Aufforderung von den Jugendlichen nicht bei der Wohnortgemeinde abgeholt würden, da diese im Internet beliebig oft ausgedruckt werden können. Deshalb wurde der bisherige „Verfahrensablauf PartyPass“ wie folgt abgeändert:

Bisheriger Ablauf

Die gestattende Behörde übersendet den PartyPass zeitnah an die Wohnsitzgemeinde. Diese nimmt Kontakt mit den Eltern und dem Jugendlichen auf und äußert den Verdacht des Verstoßes gegen das Jugendschutzgesetz, verknüpft mit der Bitte, künftig auf das Einhalten der gesetzlichen Bestimmungen zu achten.

Neuer Ablauf

Die gestattende Behörde sendet den PartyPass zeitnah an die Eltern zurück, äußert den Verdacht des Verstoßes gegen das Jugendschutzgesetz, verknüpft mit der Bitte, künftig auf das Einhalten der gesetzlichen Bestimmungen zu achten und erhebt eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 20 €.

Die Anwesenden waren sich darüber einig, dass der PartyPass grundsätzlich eine gute und handhabbare Lösung sei, die von den Vereinen und Veranstaltern angenommen wird. Bei der Umsetzung des Jugendschutzes bei Veranstaltungen bestätigten sie außerdem eine sehr gute Zusammenarbeit vor Ort.

Darüber hinaus wurde vereinbart, dass der geänderte Verfahrensablauf in der Bürgermeistertagung des Landkreises besprochen werden soll, damit ein landkreisweit einheitlicher Verfahrensablauf festgelegt und sichergestellt werden kann.